

FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION  
Maximilianeum • Max-Planck-Str. 1 • 81627 München

**AGABY**  
Gostenhofer Hauptstraße 63  
90443 Nürnberg

FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION  
Maximilianeum  
Max-Planck-Str. 1  
81627 München

Ansprechpartner:

Ute Späth  
Telefon: +49(0)89 4126-2932  
Fax: +49(0)89 4126-1643  
E-Mail: [ute.spaeth@fw-landtag.de](mailto:ute.spaeth@fw-landtag.de)  
[www.fw-landtag.de](http://www.fw-landtag.de)

04.06.2014

### Resolutionen der AGABY

Sehr geehrte Frau Neystanak,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom April 2014 an die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, mit dem Sie uns Ihre Resolutionen der Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns übersenden und um eine Stellungnahme zur Resolution „Menschenwürdiges Wohnen für Alle“ bitten.

In meiner Funktion als sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER möchte ich Ihnen folgendes antworten:

Grundsätzlich sind wir der festen Überzeugung, dass die Aushandlung des Mietpreises eine Aufgabe des Marktes ist. Wir wollen diese wirtschaftliche Freiheit nicht übermäßig beschränken. Eingegriffen werden muss aber gerade dort, wo wucherartige Preissprünge zu verzeichnen sind. Hierfür gibt es bereits jetzt rechtliche Instrumente im Wirtschaftsstrafgesetz. Diese müssen jedoch so ausgestaltet sein, dass sie auch tatsächlich greifen können, um eine Verdrängungspolitik aus begehrten Wohnlagen zu verhindern. Ein ausgewogenes Wohnumfeld ist eine soziale Notwendigkeit, denn sonst sind die Auswirkungen, die Sie in Ihrem Schreiben benennen eine logische Folge.

Wir stimmen mit Ihnen überein, dass der soziale Wohnungsbau stärker gefördert werden muss. Auf der einen Seite ist endlich eine Verstetigung der Wohnungsbaumittel nötig. Und zwar auf einem höheren Niveau, als wir es derzeit erleben. Die Zeiten, in denen man von einem ausreichenden Wohnungsbau ausgegangen ist, sind vorbei. Derartige Annahmen haben sich als falsch erwiesen. Dabei müssen sich alle Beteiligten dieser Herausforderung stellen. Das bedeutet auch einen Erhalt der Wohnungsbaumittel des Bundes über 2019 hinaus. Darüber hinaus muss die private Investitionsbereitschaft gesteigert werden. Wir setzen uns dementsprechend für bessere steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten aus.

Wir sind ebenfalls der Ansicht, dass Projekte, die Unterstützung bei der Wohnungssuche bieten, stärker gefördert und ausgebaut werden müssen.

Wir werden Ihre Anliegen in unsere parlamentarische Arbeit mit einfließen lassen und danken Ihnen für Ihr Vertrauen und wir freuen uns, wenn Sie sich auch in Zukunft an die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER wenden.

Mit freundlichen Grüßen



Gabi Schmidt, MdL  
Sozialpolitische Sprecherin